

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionschrift  
Tageblatt Riesa,  
Gemeinl. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt:  
Riesa 1580,  
Groschauer:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 125.

Samstag, 31. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufftag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## „Graf Zeppelin“ in Lakehurst gelandet.

Newyork. (Funkpruch.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist kurz vor 1/2 7 Uhr (12.30 Uhr MEZ) auf dem Flugplatz Lakehurst glatt gelandet.

## Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage des Reiches.

600 Millionen Mehrbedarf für Arbeitslose.  
Ausfall an Steuern und Zöllen mindestens 136 Millionen.

### Die vertagte Ausgabenlenkung.

Als wir letzterseits, als amtlich gemeldet wurde, das Ausgabenlenkungsgesetz werde beschleunigt und unverzüglich dem Reichstage vorgelegt werden, darauf hinwies, daß das Gesetz große Schwierigkeiten bereite und sich seine Fertigstellung noch lange hinauszögern müßte, wurden von verschiedenen Seiten Dementis gebracht. Nun hat aber wie inzwischen bekannt geworden ist, die Regierung selbst eingesehen, daß es unmöglich sei, die Ausgabenlenkung schon im Etat zu berücksichtigen. Angeht es nunmehr die Vorarbeiten so viel Zeit in Anspruch, daß das geplante Gesetz bis zum Herbst vertagt werden mußte. Diese Nachricht bestätigt das, was unser Vertrauensmann, der an den Vorarbeiten zu dem Gesetz mitwirkt, immer behauptet hat: Die Schwierigkeiten, die einzelnen Ressorts zu Einparungen zu bestimmen, sind so groß, daß um jeden Posten lange Erörterungen gehen. Jeder Staatsposten wird mit dem Hinweis darauf verteidigt, daß nur die äußersten Ausgaben überhaupt eingestellt seien und unbedingt Staatsüberschreitungen erforderlich wären, wenn schon der Etat Streichungen vorsehen sollte. Bekanntlich sind nun auch Urlaubskürzungen geplant gewesen, die sich jetzt zum Sommer bereits auswirken haben würden. Ein Teil der Beamten hat aber bereits den vollen Urlaub hinter sich, die Kururlauber würden demnach zu kurz kommen, und so ist in der Beamtenenschaft ein Sturm der Entrüstung loszubrechen, gegen den der Sparkommissar nicht ankommen konnte. Jedenfalls mußte man auch in der Regierung einsehen, daß es unmöglich sei, noch vor der dritten Lesung des Etats das Ausgabenlenkungsgesetz fertig zu stellen. Und wenn es nun bis zum Herbst vertagt worden ist, so ist nicht daran zu denken, daß es sich schon in diesem Etatsjahre auswirken könne. Vielmehr würde die Ausgabenlenkung erst im nächsten Etat in Erscheinung treten.

Wenn in den Parteien über die Vertagung der Ausgabenlenkung eine scharfe Einstellung genommen wird, so ist das verständlich, denn zu wiederholten Malen ist die Ausgabenlenkung von der Regierung angefordert worden. Jetzt aber fallen wieder neue Einnahmequellen erschlossen werden, ohne daß die Regierung im Verstande wäre, diese zu beschließen. Die Ausgabenlenkung macht und die Ausgaben eindämmt. Die Vertagung der neuen Entlastung wird deshalb von dem Vertagungsentscheid der Regierung beeinflusst sein. Wir sind dabei unterrichtet, daß auch in den Regierungsparteien empörte Stimmen laut werden und die Forderung stellen, daß die Regierung rücksichtslos in der Feststellung der möglichen Streichungen aushält, sich nicht von persönlichen Motiven leiten läßt und berücksichtigt, daß die Regierung endlich einsehen müsse, daß sie ebenfalls dazu beitragen habe, die Ausgaben zu senken, damit nicht immer weitere Fehlbeträge durch neue Einnahmequellen gedeckt werden müssen.

Was die Finanzlenkung anlangt, so beschäftigt es sich, was wir bereits mitteilen konnten, daß innerhalb der Regierung keine Einmütigkeit zu erzielen war und daß sich innerhalb der Regierung Gegensätze fanden, die dazu zwangen, daß dort Minister beauftragt wurden, die Vorschläge des Reichsfinanzministers zu überprüfen. Sie werden, wie wir hören, in enger Fühlung mit den Mittelparteiern arbeiten und erst nach Pfingsten der Gesamtregierung berichten können, wie es möglich sein kann, neue Einnahmequellen zu schaffen. Die Vorschläge Rodenhauers werden eine grundsätzliche Umstellung erfahren müssen, da sie in der Regierung keine Mehrheit fanden, und bei den Regierungsparteien keinen Rückhalt haben. Besonders die Deutsche Volkspartei lehnt es, nach neuerlichen Verhandlungen entschieden ab, eine einprozentige Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge zu bewilligen. In der Frage des Notopfers gehen die Ansichten ebenso auseinander.

von Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstags machte am Freitag

### Reichsfinanzminister Dr. Rodenhauer

folgende Ausführungen: Die Reichseinnahmen im April sind um 47,55 Millionen hinter den Schätzungen zurückgeblieben. Davon entfallen auf die Besitz- u. Verkehrsteuern 24,2 Mill., auf Zölle u. Verbrauchsabgaben 23,25 Millionen. Das sind allerdings nur die Reichanteile, nebenher gehen die auf die Länder entfallenden Anteile des Mindestantkommens.

Der Minister unterzog die einzelnen Posten des Mindestantkommens bei den verschiedenen Steuern und Zöllen einer genauen Prüfung und kam zu dem Schluss, daß man den Jahresausfall an Besitz- und Verkehrsteuern für das Reich auf 26,6 und den Ausfall der ersten acht Monate an den Zöllen und Verbrauchsabgaben gegenüber den Vorausschlägen des Haushalts 1930 auf hundert Millionen schätzen würde, zusammen also 136,6 Millionen zusätzlich eines weiteren Ausfalls an Verbrauchssteuern. Die Zölle schied der Redner nur für die ersten acht Monate, weil für spätere Wiedereingänge noch eine neue Gesetzgebung im Winter Ertrag gebracht werden könne.

Im Vorjahr war nach einer außerordentlich harten Arbeitslosenzeit im Frühjahr im April und Mai ein Abflinken der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um etwa 700 000 erfolgt. Berlin die Kurve im gegenwärtigen Jahr entsprechend, dann konnte damit gerechnet werden, daß die vorgezeichnete Deckung ausreichte. Tatsächlich kam es aber, das Abflinken trat nur in Höhe von etwa 150 000 Hauptunterstützungsempfängern ein. Eine solche Entwicklung hätte auch vorher die Opposition nicht für möglich gehalten. Auch diese glaubte mit einer allseitigen Wehrbedeckung v. 1/4 Prozent Vertragsverhöhung, d. h. von 70 Millionen jährlich, auskommen zu können, während die nach der gegenwärtig überschätzten Lage des Arbeitsmarktes notwendig werdende Deckung ein Vielfaches dieser Summe beträgt.

Nach am gleichen Tage, nachdem die Zahlen der Arbeitslosen vom 30. April vorliegen, hat sich das Finanzministerium mit dem Arbeitsministerium in Verbindung gesetzt, um mit ihm die sich daraus ergebenden Mehrausgaben und die Mittel zu deren Verminderung und Deckung zu prüfen. Das Ergebnis dieser Beratungen ist, daß für das Jahr 1930 mit einer Mindestantkommenslücke der Arbeitslosen von 1,8 Millionen zu rechnen ist, die einen Mehrbedarf über den Staatsanlag in Höhe von 450 Millionen erfordert. Außerdem führt die gleiche Entwicklung zu einer Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen von bisher 300 000 auf etwa 400 000, d. h. zu einem weiteren Mehrbedarf von 150 Millionen. Es ist also durch die Wirtschaftsentwicklung auf der Ausgabenseite ein Mehrbedarf von insgesamt 600 Millionen entstanden. Zum Teil wird sich die Deckung dieser Mehrausgaben durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosen-Versicherung selbst ergeben. Ein Entwurf hierüber soll in der nächsten Woche fertiggestellt werden und alsdann dem Reichsrat zugehen.

Im Zusammenhang hiermit sind auch eine Reihe von Maßnahmen in Vorbereitung, welche durch Arbeitsbeschaffung die wirtschaftliche Lage im allgemeinen heben sollen. Bezüglich des danach verbleibenden Ausfalls hat sich das Kabinett bisher ein allgemeines Bild über die Notwendigkeit einer Deckung und die hierfür gegebenen Möglichkeiten gemacht, ohne sich auf einen bestimmten Weg festzulegen.

Die Vorschläge hierzu werden dem Reichsrat allmählich nach Pfingsten zugehen. Man könne jedoch schon jetzt sagen, daß man dabei an der Ausgabenseite des Etats nicht vorbeigehen werde.

In diesem Fehlbetrag, der auf Mehrausgaben auf dem Gebiete der Sozialversicherung beruht, kommt nun noch der bereits mitgeteilte Mindestantkommens der Einnahmen. Die Wirtschaftslage wirkt sich auch auf die Einnahmenseite nachteilig aus.

Der Reichsfinanzminister gab dann ein Bild über das Abschlußergebnis des Rechnungsjahres 1929. Der ordentliche Haushalt des Jahres 1929 schließt — für sich betrachtet — mit einem Fehlbetrag von 310,6 Millionen RM ab. Dazu kommt noch der Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1928 mit 164,4 Millionen RM, so daß am Schluß des Rechnungsjahres 1929 ein Gesamtfehlbetrag von 465 Millionen RM vorhanden war. Zur Deckung des voraussichtlichen Fehlbetrags der Jahre 1928 und 1929 waren in dem Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1930 insgesamt 516 Millionen Reichsmark eingestellt worden. Es ergibt sich damit gegenüber der Schätzung im Etat 1930 eine Verbesserung von 50 Millionen RM. Hierunter fallen 15 Millionen RM für die Duldung und 35 Millionen RM im Rahmen des allgemeinen Deckungsprogramms mit verwendet werden. Das Einnahmenseitige ist insgesamt um rund 75 Millionen RM hinter der Etatschätzung zurückgeblieben. Davon entfallen 20 Millionen RM auf das Lohnsteuerertragsvermögen. Der Invalidenversicherung konnten daher anstatt der im Etat vorgesehenen 50 Millionen nur 31 Millionen zugewiesen werden. Von dem realen Steuerausfall in Höhe von 46 Millionen Reichsmark gehen rund 45 Millionen Reichsmark zu Lasten des Reiches und rund 1 Million zu Lasten der Länder. Bei den Verwaltungseinnahmen steht einem Mehraufkommen von 28,7 Millionen, an dem alle Verwaltungsstellen beteiligt sind, eine Mindereinnahme von 25,1 Millionen bei den Einnahmen aus der Münzprägung gegenüber, so daß netto 1,8 Millionen weniger eingegangen sind.

Bei den fortwährenden Ausgaben sind, abgesehen von den Steuerüberweisungen, 41,8 Millionen mehr und 104,2 Millionen weniger, netto also 62,7 Millionen weniger ausgegeben worden. Bei den einmaligen Ausgaben sind unter Gegenrechnung der Mindestantkommens netto 29 Millionen mehr ausgegeben worden, von denen 28 Millionen auf Darlehen an die Reichsbank für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Fürsorge entfallen. Die Reize, die am Schluß des Jahres 1928 bei den Ausgaben rund 350 Millionen und bei den Einnahmen rund 150 Millionen betragen haben, sind im Jahre 1929 wieder sehr stark zurückgegangen. Sie betragen am Schluß des Rechnungsjahres 1929 bei den Ausgaben 188,6 Millionen und bei den Einnahmen 65,4 Millionen, netto also 123,2 Millionen. Die Ausgabenreize sind also gegenüber dem Vorjahr um rund 60 Prozent gesunken.

Beim außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 481 Millionen, die Ausgaben 348,2 Millionen. Die Einnahmen übersteigen also die Ausgaben um 132,8 Millionen. Der Fehlbetrag aus den Jahren 1928 bis 1929 beträgt 904,5 Millionen, so daß sich die Gesamtverschuldung des außerordentlichen Haushalts am Ende des Rechnungsjahres 1929 auf 771,7 Millionen beläuft. An Ausgabereizen stehen noch 47 Millionen offen. Der Kausalbedarf beträgt somit am Ende des Rechnungsjahres 1929 noch 818,7 Millionen Reichsmark.

### Doung-Anleihe am 9. Juni?

• Berlin. Wie der Pariser Korrespondent des "Börsen-Couriers" erzählt, ist nach dem augenblicklichen Stand der Bankkonferenz damit zu rechnen, daß die Auslegung der Doung-Anleihe am 9. Juni stattfinden wird. Der ursprünglich genannte Termin des 4. Juni konnte nicht mehr in Frage.

### Gandhi zum Frieden bereit?

• Berlin. Nach einer Meldung des Sonderkorrespondenten des "Daily Herald" in Indien soll Gandhi bereit sein, seinen beim Marich nach Madala gegebenen Auftrag zur Befehlsübertragung zurückzunehmen, wenn die kommende englisch-indische Konferenz Indien eine Verfassung gewährt, durch die Indien seine Freiheit erlangen könne.